



BERICHT AUS DÜSSELDORF

Florian Braun

Landtagsabgeordneter für das rechtsrheinische Köln

JANUAR 2022



Liebe Leserinnen und Leser, willkommen zum ersten Bericht aus Düsseldorf im Jahr 2022. Ob in der Zwischenzeit viel passiert ist? Meine Frau und ich sind Eltern einer Tochter geworden. Dementsprechend startet das Jahr für mich auf die schönste denkbare Weise. Auch im Politischen gibt es einiges zu berichten: Initiative zur Akademisierung der Hebammenausbildung, Gesetze zur digitalen Verwaltung und digitalen Ratssitzungen und einiges mehr. Viel Spaß beim Lesen.



NRW: RÜCKZAHLUNGSFRIST DER SOFORTHILFE VERLÄNGERT

Das Landeskabinett hat in der vergangenen Woche eine weitere Verlängerung der Rückzahlungsfrist der NRW-Soforthilfe beschlossen, um betroffenen Freiberuflern, Soloselbstständigen sowie Kleinunternehmen angesichts der aktuellen pandemischen Situation einen größeren finanziellen Handlungsspielraum einzuräumen. Die Rückzahlungen können nun bis zum 30. Juni 2023 insgesamt oder in mehreren Teilen getätigt werden. Individuelle Vereinbarungen zu Stundungen oder Ratenzahlungen müssen bis dahin nicht getroffen werden. Mit mehr als 430.000 bewilligten Anträgen und ausgezahlten Zuschüssen in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro zählt die NRW-Soforthilfe zu dem größten Hilfsprogramm der Landesgeschichte. Um den Unternehmen schnell und unkompliziert zu helfen, wurde im Rahmen der Soforthilfe zunächst bei jedem bewilligten Antrag die maximale Fördersumme als pauschaler Abschlag ausgezahlt. → [Mehr erfahren](#)

REFORM: HEBAMMENAUSSIDLUNG

Der Landtag hat vergangene Woche ein Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs beschlossen. Statt einer Ausbildung sollen Hebammen zukünftig ein duales Studium durchlaufen. Dadurch heben wir das Niveau der Ausbildung, steigern die Attraktivität des Berufs und fördern den Gewinn von Nachwuchskräften in diesem wichtigen Feld. Zudem schaffen wir durch die geplante Meldepflicht endlich Gewissheit, wie viele Hebammen es in NRW gibt. Neben den massiven Krankenhausinvestitionen, vor allem im frühkindlichen Bereich, schaffen wir so die besten Voraussetzungen für unsere Kleinen. → [Mehr erfahren](#)

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN VERWALTUNG

Mit einem Gesetzesentwurf der Landesregierung zur medienbruchfreien Digitalisierung nehmen auf meine Initiative hin Landesregierung und NRW-Koalition nach der Novelle des eGovernment-Gesetzes einen weiteren großen Schritt in Richtung der vollständig digitalisierten und modernen Verwaltung. Ziel des Gesetzes ist es, in zahlreichen Verwaltungsverfahren Schriftformerfordernisse zugunsten elektronischer Bearbeitungsmöglichkeiten entbehrlich werden zu lassen. Damit erleichtern wir die Kommunikation zwischen Verwaltung und Unternehmen sowie Bürgern. Außerdem hat der Landtag einen Entschließungs- und einen Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf beschlossen, die eine Einführung einer neuen, erweiterten Experimentierklausel und eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung beinhalten. Dadurch werden allen Verwaltungseinheiten und Bürgern die Möglichkeit geboten, eigene Vorschläge einzubringen. → [Mehr erfahren](#)

WAS SONST NOCH AKTUELL IST

- Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes → [Drucksache 17/16232](#)
- Wolfsverordnung Nordrhein-Westfalen – Für ein aktives Wolfsmanagement → [Drucksache 17/16285](#)
- Gesetz zur Durchführung der Landtagswahl 2022 → [Drucksache 17/16286](#)
- Update für den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen → [Drucksache 17/16284](#)



DIGITALE RATSSITZUNGEN - POLITIK DER ZUKUNFT

Im vergangenen Sommer hat die NRW-Koalition auf meine Initiative hin die Landesregierung beauftragt einen Gesetzentwurf zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien auszuarbeiten. Trotz anfänglicher Zweifel an der rechtlichen Machbarkeit ist es uns nun gelungen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wir wollen die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen und die Möglichkeiten für Stadt- und Gemeinderäte sowie deren Ausschüsse eröffnen, künftig digital und hybrid zu tagen und abzustimmen. Zwar soll die persönliche Teilhabe weiterhin die Regel bleiben, aber durch die Nutzung digitaler Hilfsmittel ergänzt werden. Insbesondere durch die Pandemie haben die ehrenamtlich Engagierten vor Ort gelernt, digital oder hybrid zu arbeiten und wollen dies auch weiterhin tun. In Hinsicht auf Präsenzsitzungen bis in den späten Abend wird es immer schwieriger, junge Menschen, Mütter und Väter, Angestellte oder Selbstständige für dieses wichtige Engagement zu begeistern. Jedoch brauchen wir eine soziale Mischung aus allen Altersklassen sowie Berufszweigen in den Stadt- sowie Gemeinderäten. Das erreichen wir nur, wenn wir eine größere Vereinbarkeit des kommunalen Ehrenamts mit Beruf, Ausbildung und Familie erreichen. Deshalb bietet das Gesetz enorme Potentiale für eine echte Kommunalpolitik der Zukunft.

→ [Drucksache 17/15478](#)

VIDEOFORMAT: UPDATE NRW

Auf meinen Social Media-Kanälen gibt es Neuigkeiten aus Düsseldorf auch in Bewegtbild. Mit meinem Format Update NRW gibt es zu jeder Plenarwoche einen kleinen Überblick über aktuelle Themen und Gesetzesvorhaben der NRW-Koalition. Zum aktuellen Video geht's hier:

<https://www.facebook.com/florianbraun.nrw/videos/226032806315561/>



GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Am 27. Januar 2022 fand im Landtag eine Gedenkveranstaltung statt, um den Opfern des Holocausts zu gedenken. Seit 1966 ist der 27. Januar ein Gedenktag, der an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau erinnert. Allein dort wurden mindestens 1,1 Millionen Menschen ermordet. Mit Vertretern jüdischer Verbände kamen die Abgeordneten im Plenarsaal in Düsseldorf zusammen. Die Holocaust-Überlebende Tamar Dreifuss berichtete über das Leid im Ghetto von Wilna und wie ihr mit ihrer Mutter die Flucht aus einem Durchgangslager gelang. Landtagspräsident André Kuper betonte, dass das Erinnern als Mahnung an uns gilt und heute sowie auch zukünftig zu unserer Pflicht gehört, denn wir haben das Privileg in einem demokratischen Deutschland und friedlichen Europa leben zu dürfen. Zudem beschäme es ihn, wie Demonstranten Vergleiche zur Verfolgung der Juden in der NS-Zeit ziehen. Auch Ministerpräsident Hendrik Wüst appellierte an die Demonstrantinnen von Gegnern der staatlichen Corona-Maßnahmen, bei denen NS-Verbrechen relativiert werden. In NRW ist kein Platz für Antisemitismus und Rassismus. Mit einem gemeinsamen Antrag forderten die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grüne in der anschließenden Plenarsitzung, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus aufrechterhalten und die Arbeit der Gedenkstätten sowie der Erinnerungsorte intensiviert werden müssen. → [Mehr erfahren](#)

KONTAKT

Florian Braun MdL (V.i.S.d.P.)
 Platz des Landtags 1
 40221 Düsseldorf
 Tel.: 0211 - 884 2387
 florian.braun@landtag.nrw.de

CDU Bürgerbüro Porz
 Hauptstraße 390
 51143 Köln
 Tel.: 02203 - 18 67 250
 www.florianbraun.nrw

